Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreis: Die fünfgespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 10 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 12 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 40 Goldpfennige, amtliche Zeile 30 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1999

Nr. 277 — Freitag, den 28. November 1924 — 19. Jahrgang

Deutschlands Ehrung für Dr. Eckener

Dr. Eckener beim Reichspräsidenten.

Berlin, 25. Nov. Zu Ehren des Führers des Z. R. 3, Dr. Eckener, fand heute beim Reichspräsidenten ein Frühstück statt, an welchem außer Dr. Eckener u. a. die Reichsminister Dr. Geßler, Dr. Luther, Dr. Stresemann, Hamm und Graf Kanitz, der preußische Staatsminister Dr. von Richter, General von Seeckt, der württembergische Gesandte Dr. Bolz, Herr Krupp von Bohlen und Halbach, Prof. Junkers-Dessau, Schiffsbau-Ingenieur Flettner, sowie eine Reihe führender Vertreter der Industrie, der Gewerkschaften, der Finanzwelt, der Wissenschaft und der Presse teilnahmen.

Während der Tafel hielt der Reichspräsident eine Ansprache, in der er u. a. ausführte: Es ist mir eine lebhafte Freude, Ihnen, Herr Dr. Eckener, und Ihren Mitarbeitern nach Ihrer glücklich und erfolgreich vollendeten Fahrt und Ihrer Rückkehr in die Heimat den herzlichen Willkommengruß des Deutschen Reiches hier zu entbieten. Mit diesem Gruß gebe ich zugleich dem bewundernden Danke des gesamten deutschen Volkes an Sie und die anderen kühnen Luftfahrer für Ihre große Leistung herzlichsten Ausdruck. Wir alle sehen in diesem Werk und in dieser Fahrt einen Ausdruck des technischen Könnens Deutschlands, des trotz allem ungebrochenen deutschen Willens zur Selbstbehauptung und des stolzen Vertrauens unserer Nation in sich und ihre Zukunft. So war der Bau dieses Schiffes und seine glückhafte Fahrt, trotzdem sie im Zeichen der Reparationsleistung stand dennoch eine nationale Tat, für die wir Erbauer und Führer von Herzen Dank und Anerkennung darbringen.

Dr. Eckener dankte dem Reichspräsidenten für die herzlichen Begrüßungsworte und für die vielen Beweise der Sympathie und Anerkennung, die er von ganz Deutschland erfahren habe. Er kam dann auf die verschiedenen glücklichen Umstände zu sprechen, welche dazu beigetragen haben, den Wert des Luftschiffes besonders deutlich zu machen und erklärte schließlich: Glück hatten wir auch darin, daß wir drüben in Amerika eine Situation und eine Stimmung vorfanden, welche aus unserer rein technischen Angelegenheit eine politische machte. Ich habe mir in Amerika erzählen lassen, daß sich in den Vereinigten Staaten eine psychologische Stimmung herausgebildet hat, welche zeigte, daß das amerikanische Volk geneigt ist zu einer Wiederannäherung an uns und nur nach einem Anlaß suchte, um diesem Gefühl Ausdruck zu geben. Das amerikanische Volk hat mit einer gewissen Begeisterung die von uns hingestreckte Hand ergriffen und sich bereit erklärt, wieder gut Freund zu werden mit den Deutschen. Am Schluß seiner Rede sprach Dr. Eckener die Hoffnung aus, daß die guten Beziehungen zwischen dem amerikanischen und dem deutschen Volke zu einer wirklichen Freundschaft beider Völker führen werden.

Neue Störung der Pariser Verhandlungen.

Paris, 26. Nov. Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen, die gestern wieder aufgenommen worden sind, haben heute eine unvorhergesehene Unterbrechung erfahren. Wie bereits angekündigt, sollten die Sachverständigen der Schwerindustrie zum ersten Male in direkte Fühlung miteinander treten, um über die künftige Gestaltung der beiderseitigen Tarife zu beraten. Die anberaumte Sitzung mußte jedoch im letzten Augenblick abgesagt werden, da die von der deutschen Regierung ernannten Sachverständigen bisher in Paris nicht eingetroffen sind. Sie haben ihr Fernbleiben zum Teil mit Krankheit, zum Teil mit beruflicher Inanspruchnahme entschuldigt.

Fortsetzung der Verhandlungen.

Paris, 26. Nov. Die Verhandlungen über den Handelsvertrag sind trotz des Zwischenfalles heute nachmittag fortgesetzt worden. Der Handelsminister Raynaldy, der übrigens heute vormittag von Herriot empfangen wurde, um ihm Bericht zu erstatten, hat sich schließlich auf Wunsch der deutschen Delegation bereit erklärt, zunächst die Fragen der Maschinenindustrie zu besprechen. Außerdem sollen in der heutigen Nachmittagssitzung einige allgemeine Fragen, betreffend die juristischen Klauseln des Vertrages, besprochen werden.

Paris, 27. Nov. Das große Aufgebot der deutschen Sachverständigen ist hier eingetroffen. Weitere Besprechungen werden am Donnerstag erörtert. Daß ursprünglich vorgesehene Kabinettsgespräch wird nun also doch stattfinden. Dieses wird durch Verhandlungen über technische Einzelheiten nützlich ausgefüllt.

Erkelenz fordert beschleunigte Ruhrräumung.

In einer demokratischen Versammlung in der Schönhauser Vorstadt sprach sich der eben aus seinem Wahlkreis vorübergehend hier anwesende Abgeordnete Erkelenz über die außenpolitische Lage und die Verhältnisse im Ruhrgebiet aus. Hinsichtlich des Falles Nathusius warf er die Frage auf, ob jetzt nicht die Zeit gekommen sei, die ganze Angelegenheit der sogenannten „Kriegsverbrecher" zu bereinigen. Wenn Europa zum Frieden kommen wolle, müsse dieser Stachel beseitigt werden. Es sei unerträglich, daß ein Mann, wie der demokratische Abgeordnete Külz, in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden sei, so daß er, falls er sich in französischem Gebiet sehen ließe, kurzfristig eine Vollstreckung des Todesurteils zu erwarten habe. Es sei erfreulich, daß Herriot zunächst durch die Freilassung des Generals von Nathusius verhindere, daß wegen dieses Falles zwanzig Deutschnationale mehr gewählt würden.

Der Redner erkannte an, daß Frankreich die Londoner Abmachungen in voller Korrektheit eingehalten habe. Es habe die Methode Poincarés aufgegeben, mit juristischen Finessen alle Abmachungen kleinlich zu interpretieren. Aber es bedürfe auch noch mehr politischer Schritte. Aus diesem Grunde frage er, ob die französische Demokratie sich jetzt nicht entschließen könne, hinsichtlich der Räumung des Ruhrgebietes weiter zu gehen als bisher. Gewiß, die Räumung soll spätestens bis zum 16. August erfolgen. Aber das war stets eine Maximalfrist. Frankreich hat bisher alle Bedingungen erfüllt, aber wenn es aus freiem Entschluß über die formalen Bedingungen jetzt hinausgehe, wenn es etwa Bochum und Gelsenkirchen jetzt räumte, würde die Wirkung auf den Geisteszustand Europas sehr wichtig sein.

Ein solcher Schritt würde Millionen, die nur zögernd an die Erfolge demokratischer Außenpolitik glauben, davon überzeugen, daß tatsächlich in der Welt neue geistige Kräfte heranwüchsen, die mit edleren Mitteln als denen brutaler Gewalt die Völkerschicksale zu lenken wüßten. Die deutsche Demokratie habe Mut gezeigt, als sie den Reichstagswahlkampf mit der Reaktion aufnahm. Möge die französische Demokratie den Mut haben, das anzuerkennen.

Nathusius wieder in Freiheit.

Paris, 26. Nov. Havas verbreitet folgende offizielle Nachricht aus Lille: Auf Veranlassung des Kriegsministers, General Nollet, hat der Präsident der Republik, Doumergue, den vom Kriegsgericht in Lille zu 1 Jahr Gefängnis verurteilten General von Nathusius begnadigt. Der General hat das Untersuchungsgefängnis heute morgen um 6 Uhr verlassen.

Nach einer Havasmeldung aus Lille ist General von Nathusius nach Forbach abgereist.

Paris, 26. Nov. Wie die Agentur Havas aus Lille berichtet, ist der Befehl zur Freilassung des Generals von Nathusius gestern abend um 9 Uhr bei der Präfektur eingetroffen. Die Präfektur hat sofort Vorkehrungen getroffen, daß die Nachricht sich in der Stadt nicht verbreite, hat aber unverzüglich den General im Untersuchungsgefängnis von seiner Begnadigung in Kenntnis setzen lassen. Der General erklärte darauf folgendes: „Ich bin sehr glücklich, daß die französische Regierung diese Entscheidung getroffen hat. Ich werde nunmehr baldigst meine Familie wiedersehen. Was man jetzt getan hat, ist gerecht, denn ich bin unschuldig."

Saarbrücken, 26. Nov. General von Nathusius ist heute abend in Saarbrücken eingetroffen und reist morgen früh um 6 Uhr nach Kassel weiter.

Ein Verfahren gegen Nathusius beim Reichsgericht.

Berlin, 26. November. Der „Voss. Ztg." zufolge ist gleich nach Bekanntwerden der Verhaftung des Generals von Nathusius in Forbach am Allerseelentage auf Grund des Reichsgesetzes vom 18. Dezember 1919 beim Reichsgericht ein Verfahren gegen den General anhängig gemacht worden.

Neue Goldsendung nach Deutschland.

Rotterdam, 26. November. Die „Morning Post" meldet aus Neuyork den Abgang eines zweiten Goldtransportes nach Deutschland. Der Transport sei bei Lloyds mit 12 Millionen Dollar versichert worden.

Die Schicksalsfrage des 7. Dezember.

Von Prof. Dr. von Schulze-Gaevernitz, Freiburg i. Br.

Vor sieben Jahren war das deutsche Volk vor die Schicksalsfrage gestellt, ob es in nüchterner Realpolitik aus dem Kriege das Mögliche herausholen wollte, den so viel verlästerten Frieden ohne Sieger und Besiegte, der ein moralischer Sieg Deutschlands gewesen wäre. Heute steht das deutsche Volk vor der ähnlichen Schicksalsfrage, ob es kühlen Kopfes die Dinge so nehmen will, wie sie sind, um aus der Niederlage das Mögliche herauszuholen, einen mühsamen und langwierigen Wiederaufbau unter schwerer Arbeit, zahlreichen Entbehrungen und möglichster Erfüllung der uns auferlegten Lasten. Auch dieser Weg könnte mit der Wendung des Weltgewissens zu einem moralischen Siege Deutschlands führen. Damals hat die Vaterlandspartei und hinter ihr, vielen gutgläubigen Mitläufern unbewußt, Junkertum und Schwerindustrie, den einzig möglichen Ausweg verhindert und Deutschland auf jene abschüssige Bahn geführt, welche in die Katastrophe enden mußte. Die Vaterlandspartei nennt sich heute Deutschnationale Volkspartei; ein anderer Name — dieselbe Sache. Unter den Führern sind es vielfach noch dieselben Männer, welche uns heute wie damals als Retter angepriesen werden. Der Sieg der Rechten würde einem Tirpitz das Staatsruder anvertrauen. Als Vorstand der Deutschen Vaterlandspartei erklärte Tirpitz am 12. Oktober 1917: „Gegen englische Friedensfühler müssen wir hart sein" und am 15. Dezember 1917: „In den Lockungen zum vorzeitigen Frieden liegt für uns die allerschwerste Gefahr" und noch im Januar 1918: „Amerikas militärische Hilfe ist und bleibt ein Phantom", dies zu einer Zeit, da Amerika monatlich ein- bis zweimalhunderttausend wohlausgerüsteter Kämpfer auf den Kriegsschauplatz sandte, ohne daß die deutschen Unterseeboote es verhindern konnten. Wollen wir Männern, die so irren konnten, uns abermals anvertrauen? Dies ist die Schicksalsfrage die nicht mit einem faulen Sowohl als auch zu beantworten ist, sondern ein scharfes Entweder — Oder bedeutet.

Wohin geht der Weg, den die Rechte uns führen will? Offenkundig zurück zur Monarchie, aber nicht zur rein parlamentarischen Monarchie nach englischem Muster, welche eine Abart der Republik ist. Die Hohenzollern, unbelehrbar wie die Stuarts und die Bourbonen, würden sich mit bloßer antiquarisch-verbrämter Ehrenstellung nicht begnügen. Das deutsche Volk, fügsam wie es ist, würde ihnen den Weg zur Selbstherrschaft ebnen. Durch den Zufall der Geburt könnte ein Dummkopf, schlimmer, ein Phantast, in die Lage kommen, die Geschicke des Vaterlands entscheidend zu beeinflussen. Denken wir an einen Wilhelm den Zweiten, welcher das Abschiedsgesuch eines Ministers mit Selbstmorddrohung beantwortet, desselben Bülow, welchen er drei Jahre später als „Luder" fortjagt, oder der die Folgen eines Krieges mit Frankreich, Rußland und England als berechnet erklärt. Würden im Falle einer Wiederherstellung der Monarchie die Wittelsbacher sich den Hohenzollern abermals fügen, deren Ansehen so viel verloren hat? Wo bliebe Deutsch-Oesterreich, wenn nicht bei den Wittelsbachern? Die Wiederherstellung der Monarchie würde die Mainlinie erneuern und Deutschland in Nord und Süd spalten, wozu Ludendorffs Anwürfe gegen den Kronprinz, dann König von Bayern das Vorspiel bilden. Wie zur Zeit Bismarcks die deutschen Republikaner das preußische Königstum als Mittel zu Deutschland in den Kauf nehmen mußten, so muß heute der Monarchist, welcher das Vaterland über die Staatsform stellt, die Republik wollen, als die einzige mögliche Form der deutschen Einheit.

Letzthin, die monarchische Institution ist in der Welt im Absterben begriffen. Rings um uns herum fallen die Monarchien — um den Republiken Platz zu machen. Wird in hundert Jahren die Monarchie ins Altertumskabinett gebracht sein, so schließt dies in Deutschland eine neue Revolution in sich als das Mittel, die Monarchie wieder abzuschaffen. Der Bürgerkrieg, der die Wiedereinführung wie die Wiederabschaffung der Monarchie begleiten würde, würde das Wirtschaftsleben schweren Erschütterungen aussetzen und in erster Linie unser Geldwesen neuen Inflationen preisgeben.

Der Weg, den die Rechte uns führen will, führt aber auch zu allgemeinen Lebensmittel- und Industriezöllen, zur allgemeinen Teuerung. Es droht dem verarmten Volke eine neue Preiswelle. Die Wahlen sollen eine zöllnerische Mehrheit schaffen — so nebenbei, da das deutsche Volk, deutlich vor diese Frage gestellt, eine Verteuerung der notwendigen Lebensbedürfnisse mit großer Mehrheit ablehnen würde. Aber den Drahtziehern ist es doch wohl der Hauptzweck dieser unnötigen Wahlen, die uns von Junkern und Schwerindustriellen aufgezwungen wurden, dem deutschen Michel unvermerkt den Brotkorb höher zu hängen. Es ist meine feste Ueberzeugung, daß die Einführung der Lebensmittelzölle die Massengegensätze in Deutschland so verschärfen und die Lebenshaltung der breiten Massen so verschlechtern würde — dieser Massen, die schon heute kaum auf dem Existenzminimum sich befinden — daß damit eine neue Revolution aufgestaut würde — eine Revolution, tiefgreifender als die erste.

Letzthin führt der Weg, den die Rechte uns anempfiehlt, in die Enge einer Machtpolitik mit unzulänglichen Mitteln. Die großen Ziele des Imperialismus, für die sich mancher früher begeistern konnte, sind fortgeschwommen: Wilhelm des Zweiten Ueberseepolitik, Naumanns Mitteleuropa. Ein nationalistisches Deutschland würde lediglich den Nationalismus